

DFG

wendungen für die Beamten im Staatshaushaltsetat allmählich zu beschneiden zu bringen. Zu diesen Aufwendungen im Preußen kommen im Reich Aufwendungen von über 100 Mill., so daß allein im Reich und in Preußen etwa 250 Mill. dauernde Mehrausgaben für die Aufrechterhaltung der Beamtengehälter vorhanden sind, und selbst damit ist das Maß der Leistungen gar nicht erschöpft, denn die Kommunen müssen dem Vorgehen des Reichs und des Staates folgen. Es kommen sehr bedeutende Lasten hinzu. Ich führe Ihnen das an, um zu beweisen, in welchem Maße die Gesamtheit unserer Bevölkerung dazu beitragen muß, um die Aufrechterhaltung der Beamtengehälter zu bewirken, und wie sehr daher die Beamten Veranlassung haben, in ihren Forderungen nicht über das Maß des Berechtigten hinauszugehen. (Beifalls Zustimmung.)

Zu den Vorwürfen gegen die Staatsregierung kommen — das ist das Schwerwiegendste — Vorwürfe gegen das Abgeordnetenhaus und gegen dieses Haus. Man hat davon gesprochen, daß im Abgeordnetenhaus ein Antibeamtentum sich gebildet habe, dem alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie angehört hätten. Ich muß entschieden protestieren gegen eine derartige Behandlung eines Teiles des Landtages durch einen Teil unserer Beamten einlegen. (Beifall.) Wenn die Beamten, die die Verführten in diesem Falle sind, glauben, auf diese Weise einen Druck auf die Regierung oder auf den Landtag üben zu können, so haben sie die Rechnung ohne die Wirtse gemacht. (Stürmischer Beifall.) Aber diese Beamten haben sich vor allem verständigt gegen den guten Geist unseres Beamtentums. (Beifalls Zustimmung.) Ich muß im Interesse des Gros der Beamtenschaft, das mit Stolz noch die alten Traditionen des Beamtentums pflegt, dagegen Einspruch erheben, daß der Ausdruck dieser Gefinnung etwa als der Ausdruck des Gros unserer Beamtenschaft betrachtet wird. Gottlos steht noch in dem Gros unserer Beamtenschaft Pflichttreue und auch Verständnis für das richtige Verhältnis gegenüber den Vorgesetzten. Wir wollen und werden nicht dulden, daß die Disziplin, daß der gute Geist unserer Beamtenschaft durch einen Teil verführter Beamten untergraben und damit eines der Hauptfundamente des preussischen Staatswesens erschüttert wird. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Dr. Schmieding

berichtet über die Verhandlungen der Kommission, wobei er auch auf den Berliner Beamtentag eingeht und die Beschlüsse nahezu eine Vergewaltigung des Landtages nennt. Die Kommission habe zwei Resolutionen angenommen, von denen die eine mit Einführung der neuen Befolgsordnung es allen an höheren Unterrichtsanstalten angestellten Lehrpersonen zur Pflicht macht, eine besondere Vergütung jenseit Unterrichtsstunden zu erteilen, wie es die Lehr-Ansicht erfordert, d. h. die sogenannten besetzten Lehrstunden abzuführen und deren zweite das vom Abgeordnetenhaus angewandte System der Gleichstellung der akademisch gebildeten höheren Beamten im Entgelt gründlich verwirft.

Übersichtlicher Dr. Kenge-Magdeburg

beantragt die Zulagen für Regierungsräte nur dann zu geben, wenn diese gehobene Stellen ausfüllen.

Finanzminister Herr v. Rheinbaben

erklärt sich für diesen Antrag.

Dr. v. Dziembowski

stellt einen Vermittlungsantrag, die Zulagen dem dienstältesten Dritten der Regierungsräte zu gewähren.

Zustizminister Bessler

befürwortet den Antrag Kenge, da die Gleichstellung der Regierungsbeamten mit den Richtern im Vorjahre beschlossen worden sei.

Professor Dr. Voening-Halle:

Das Richterbesoldungsgeheimnis ist im Vorjahre einstimmig angenommen worden. Deshalb sollte man jetzt an der lang ererbten und endlich erreichten Gleichstellung von Richtern und Regierungsbeamten nicht zurückweichen. Es handelt sich hier nicht um kleine Eifersüchteleien des Richterstandes, sondern um die Aufrechterhaltung eines großen und wichtigen Prinzips. Nach langer Debatte wurde der Antrag Kenge mit großer Majorität angenommen.

Professor Hillebrandt-Breslau

begündet einen Antrag, den Professoren aller Landesuniversitäten, die für ihre Vorlesungen eingehenden Honorare bis zu 3000 Mark, für ihre Vorlesungen bis zu 75 Prozent und von dem darüber hinausgehenden Betrage die Hälfte zu gewähren, also die Ausnahmestellung Berlins zu beseitigen.

Geheimrat Eiser

befürwortet namens der Regierung diesen Antrag. Die Regierung legt Wert darauf, die Berliner Universität auf ihrer jetzigen Höhe zu erhalten und möchte daher nicht den Weg einer mechanischen Gleichmachung befreiten.

Professor Dr. Küster-Warburg

hält den jetzigen Zustand für eine Bevorzugung Berlins und tritt für den Antrag Hillebrandt ein, da sonst die Provinzialuniversitäten zweiten Ranges würden.

Finanzminister Herr v. Rheinbaben:

Die wissenschaftliche Bedeutung einer Universität wird dadurch, daß die Professoren etwas höhere Bezüge haben, nicht berührt. Berlin hat ein historisches Recht auf höhere Bezüge.

Professor Dr. Reintze-Riel

befürwortet die Gleichstellung der Provinzialuniversitäten mit Berlin. Der Zulauf, den die Berliner Professoren haben, weil sie in der Haupt- und Residenzstadt leben, braucht nicht noch künstlich gefördert zu werden.

Kultusminister a. D. Dr. v. Stubt

erklärt, daß er ganz auf dem Standpunkt des Finanzministers stehe. Professor Dr. Borchers-Nachen und Graf von Barons sprechen sich für die Beilegung des Privilegs der Berliner Universität aus.

Finanzminister Herr v. Rheinbaben

weist noch einmal darauf hin, daß der Antrag Hillebrandt die Berliner Universitätsprofessoren um mehr als 1000 Mark im Jahre schlechter stelle, als die Professoren an den technischen und landwirtschaftlichen Hochschulen. Das müßte bei den Professoren der ersten Landesuniversität mit Recht Erbitterung hervorrufen.

Hierauf wird der Antrag Hillebrandt mit großer Mehrheit angenommen, dagegen wird ein Antrag Borchers-Nachen abgelehnt, der die Bevorzugung der Charlottenburger Technischen Hochschule befestigen wollte.

Die Beamtensoldatengesetzgebung wird im ganzen angenommen, ebenso die beiden Resolutionen der Kommissionen. Hierauf verläßt das Haus auf Mittwoch 1 Uhr (Lehrerbefolgungsgesetz).

Schluß 6 1/2 Uhr.

Der Sultan abgesetzt.

A-K. Die Tragödie von Jildis Klost ist zu Ende. Der Mann, der durch mehr als drei Jahrzehnte im Glanze einer fast göttlichen Verehrung sich sonnen durfte, ist durch einen kalten, knappen Befehl der Volkserkennung des Thrones entsetzt und wird vielleicht in Kürze als ein armer Sünder vor seinen Richtern stehen. Die Sprache ist zu arm, um das Gewaltige, Erschütternde dieses Ereignisses in Worte zu fassen. Der Kalif, der Sohn des Propheten, als Angeklagter! Ein Tag, der das vollbrachte, ist mit ehernen Letztern in das Buch der Geschichte geschrieben.

Nach ist es unmöglich, auch nur im entferntesten die Folgen der Entthronung zu übersehen. Schwerwiegende Fragen drängen sich auf. Kommt der Freiheitstausch, der gegenwärtig das Osmanenreich durchdringt, aus dem Herzen des Volkes? — Werden die Männer, die mit bewundernswerter Kraft den zähen Widerstand der Reaktion zu Boden warfen, werden sie imstande sein, aus den Ruinen eines neuen Lebens zu erheben? — Oder wird binnen kurzem abermals das Gespenst des Bruderkrieges blutig sein Haupt erheben? — Wir wissen es nicht. Das aber wissen wir, daß die Jungtürken, wenn sie ihr Werk vollenden sehen wollen, ein Wort vor allem auf ihre Fahne schreiben müssen: Humanität!

Humanität und Gerechtigkeit! Das ist es, womit die Führer des türkischen Fortschritts dem überausfälligen Europa zeigen sollen, daß sie mehr sind, als siegestrunke Feuerschöpfe. Was, die Jungtürken bisher getan haben, ist ein Zeugnis ihrer Vaterlandsiebe und heldenhaften Tapferkeit; was ihnen jetzt noch zu tun übrig bleibt, wird der Prüffstein ihrer politischen Reife sein.

Der Beschluß des Parlaments.

den Sultan des Thrones verlustig zu erklären, wird in der folgenden Dramenbildung übermittelt:

Konstantinopel, 27. April. Auf Befehl der

Nationalversammlung ist Abdul Samid heute abgesetzt worden. Obwohl die Armee an dem Zustande kommen dieses Beschlusses nicht mitgewirkt hat, wird sie seiner Ausführung keinen Widerstand entgegenlegen. Reschad Effendi wird vermutlich noch heute als Mohammed der Fünfte den Thron besteigen. In Galata sind große Unruhen ausgebrochen worden, da mit Reschad auf seiner Fahrt unbehelligt durch die Massen gelange. Es ist zu erwarten, daß die neue Ministerliste, danach wird Ahmed Nispi Großwesir. Das Ministerium des Innern bekommt Rifasat, das des Innern Hilmi. Husse in Bagdad wird Unterrichtsminister, Bittas Fortminister.

Nachdem das Parlament seine Entscheidung über die Absetzung ausgesprochen hat, wird es weiter über

die Zukunft Abdul Hamids

zu beraten haben. Am wahrscheinlichsten ist es, daß man ihm in irgend einem prächtigen aber entfernten gelegenen Palast einen Ruheort anweist, falls man seiner überhaupt habhaft wird. Zur Stunde weiß man nicht einmal, wo der Sultan sich befindet. Hierzu berichtet ein Telegramm:

Konstantinopel, 27. April. Es ist zweifelhaft, ob der Sultan überhaupt noch in Jildis weilt. Vielleicht ist er entflohen, da auch die Lebewache, die keine Person eng umgibt, die der anatolischen Türken (Soggen) abgehört worden ist. Ein Dampfboot, das vom Jildis zum russischen Ankerplatz fuhr, wurde von Dolmetschern aus einem Torpedoboot erfolgreich verjagt. Falls der Sultan nicht darauf ist, befindet sich vielleicht einer seiner Söhne auf dem Schiffe.

Wenn es nach dem Willen des dritten Armeekorps ginge, so dürfte es um das Leben Abdul Samids geschehen sein. Tatsächlich fordern die jungtürkischen Truppen nichts Geringeres als

Hinrichtung des Sultans.

Konstantinopel, 27. April. Offiziere sowohl wie Soldaten sind in der seltenen Zuerstung nach Konstantinopel gekommen, daß mit dem Sultan endgültig aufgeräumt werden wird. Sie sind gegen eine bloße Abweisung und verlangen die Hinrichtung des Sultans. Sie — den sogar so weit, zu fordern, daß die Teile seines Leichnams über alle Provinzen zerstreut werden zum Wahrzeichen des ewigglühenden Schmelzes der hamidischen Schredensherrschaft.

Die wichtige Frage bleibt nunmehr, wer die Nachfolge antreten wird. Falls nicht unerwartete Ereignisse sich ereignen, dürfte nur

Reschad Effendi als Chronfolger

in Betracht kommen. Die Nachricht von den Salutsschüssen, die seine Thronbesteigung verkünden, wird stündlich erwartet:

Konstantinopel, 27. April. Auf den Straßen Galatas steht das Volk, Spalier bildend, und wartet auf Reschad, der nach dem Parlament fahren soll, um den Eid auf die Verfassung zu leisten. Das Parlament tagt seit 8 Uhr. Man erwartet die 101 Schiffe, die die Abweisung Abdul Hamids und die Einsetzung Reschad dem Volk verkünden sollen. Jedoch ist immer noch denkbar, daß die Ereignisse einen anderen Gang nehmen.

Das Strafgericht der Jungtürken

nimmt leider Formen an, die geeignet sind, die Sympathien, die das Jungtürkentum sich reich erworben hat, wieder abzuschwächen. Daß die Aufgabe, welche die Saloniker Truppen zu lösen haben, rücksichtslose Strenge erfordert, steht außer Frage. Aber diese Strenge darf unter keinen Umständen ausarten in Grausamkeit und Willkür. Und fast scheint es — nach den vorliegenden Meldungen —, daß es die Jungtürken bei ihrem Nachhaken an der nötigen Besonnenheit und Mäßigung fehlen lassen:

Konstantinopel, 28. April. Die Würdenträger des Jildis, darunter der erste Sekretär des Sultans, Ali Dschamab-Bel und der Oberstallmeister Jaid Pascha sind jetzt verhaftet, der letztere, obgleich er als ein fairer Mann bekannt ist. Die Gefangenen wurden als mit verurteilten Särten behandelt. Der Flügeladjutant Schafar Pascha beging Selbstmord. Heute abend werden andauernd Mordverhandlungen vor-

genommen. Zahlreiche Reaktionen, angeblich viertausend, sind heute bereits verhaftet worden.

Konstantinopel, 27. April. Prinz Sabah Eddin ist mit seiner ganzen Familie verhaftet worden. Der Prinz wird jedoch nach dem Kriegsministerium gebracht.

Ausland.

Die ungarische Krise.

Das zurückgetretene ungarische Kabinett wird Anstrengungen machen, um von neuem ernannt zu werden. Der bisherige Minister des Innern Graf Andrássy möchte sein Universalwahlrecht durchbringen, weil er mit Recht befürchtet, daß eine andere Regierung dieses Wahlrecht fallen lassen werde. Der bisherige Handelsminister Kossuth möchte gern seine Partei an der Macht behalten, der bisherige Ministerpräsident Welle möchte die Bange gemeinschaft retten. Grund genug also für alle drei, um weiter im Werte zu verbleiben. Auch die Krone würde das Verbleiben des Kabinetts nicht ungern sehen, damit endlich das Wahlgesetz fertig werde. Ueber andere Vorschläge heute zu sprechen, wäre verfrüht. Ehe nicht der Kampf Kossuths und Opponens mit ihrer eigenen Partei in der Bankfrage endgültig entschieden und nicht vollkommen klargelegt ist, ob die äußerste Linke in der Bankfrage eintreten will oder nicht, werden keine weiteren Schritte zur Lösung der Krise unternommen werden.

Frankische Stimmen über die Rette Republik.

Das sozialistische Blatt „Republik“ drückt ein allgemeines Gefühl aus, wenn es über die Rette der Rette des Präsidenten Kallias schreibt: „Man müßte in Frankreich die keine Aufmerksamkeit der Könige von Italien und Spanien, die Schiffe zur Begrüßung des Staatsoberhauptes nach den französischen Gewässern geschickt haben. Inmitten unserer inneren Schwierigkeiten, die wir mit Selbstvertrauen überwinden werden, ist es uns eine wahre Seelenstärkung, festzustellen, daß in den Augen des Auslandes Frankreich ein Ansehen genießt, das nicht leicht und unter fremden Händen und rechtlichen Abhängen von niemand mehr angezweifelt werden“.

Halle und Umgebung.

Halle a. S. 28. April.

Praktische Sanierung alter Stadteile.

Auch im Trübelviertel regt sich schillerndes neues Leben. Am Sperlingsberg verschwindet zuzeit eine der alten üblen Baracken und ein Neubau soll an seine Stelle treten. Ob aber wirklich so hoffen steht, daß dort bis so bald zwischen den Trümmern eine umfassende rege Bautätigkeit entwickelt und die Sanierung vollendet wird? Wir glauben noch nicht so recht daran.

Interessant ist es, wie in Spremberg die städtischen Behörden die Sanierung alter Stadteile fördern. Die Stadt Spremberg gewährt neuerdings Hausbesitzer, die alte oder baufällige Häuser durch Neubauten ersetzen wollen, aus städtischen Mitteln Hypothekendarlehen bis zu 75 Prozent der Feuerversicherungssumme. Vorläufig sind 50 000 Mark bereitgestellt. Der Zinsfuß beträgt 4 Prozent, die Tilgung hat in den ersten 5 Jahren mit 1 1/2 Prozent, später mit 2 Prozent zu erfolgen.

Dieser Beschluß der städtischen Behörden wird gewiß viel dazu beitragen, daß Hausbesitzer, denen bisher die Beschaffung der nötigen Geldmittel sehr schwer wurde, jetzt mehr zur Verbesserung der Straßen beitragen.

Evangelischer Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen.

Den am Montagabend im „Schultheiß“, Poststraße, verammelten Freunden und Mitgliefern des Evangelischen Bundes berichtete Generalleutnant v. Brauns über die Tätigkeit des Zentralvorstandes, dessen Sitz bekanntlich hier in Halle ist, während des letzten halben Jahres.

In zahlreichen Sitzungen und Verhandlungen, unter der Leitung des ersten Vorsitzenden, Generalleutnant v. D. Cz. von Löffel, wurde über die Maßnahmen zur Wahrung der höchsten Güter der evangelischen Kirche und des evangelischen Volkes beraten. Die Zentrale des Bundes arbeitet im eigenen Hause, Wirtschaft der 33. unter der Leitung des geschäftsführenden Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneter Direktor Dr. Gerling, um die Zwecke und Ziele des Bundes dem deutsch-evangelischen Volke nahezubringen in Wort und Schrift, durch Presse und Vortrag. Die Pflege der Organisation des Bundes (240 Ortsvereine mit 39 Hauptvereinen), die Anregung zur Befähigung in diesen Vereinen, die weitere Ausbildung des Bundes durch unablässige Werbetätigkeit, die Verleumdung der regelmäßig erscheinenden Blätter, die Vortragstätigkeit, erfordern eine immer umfangreicher werdende Kleinarbeit. Die Zahl der Beamten ist infolgedessen bereits auf 18 (6 ständige gebildete und 12 technische) angewachsen. Die Sendungen der Zentrale betragen im Kalenderjahre 1908 über 18 000 Briefe, 256 000 Drucksachen und 11 000 Polkartsteine und Ballen, zusammen 255 000 Sendungen. Um die Protestanten im Deutschen Reich zu sammeln, zu vereinigen und sie den wohlorganisierten Mächten der Ultramontanen und der Religionsfeinde wehrhaft gegenüberzustellen, mußte nach viel geschehen. Deshalb sollte jeder Evangelische sich auf seine Pflicht besinnen, auch hier mitzuhelfen je nach seiner Kraft.

Redakteur Winter hielt sodann mit einem eingehenden Referat:

„Um das Recht des Religionsunterrichts“, Ultramontanismus und konfessioneller Frieden“ bildete, die Anwesenenden in Spannung und zeigte die Wahrheit des Schillerischen Wortes: Es kann der Frieden nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt!

Redner schloß aus: In der letzten Stunde, da man auf dem letzten Rathschultage in Düsseldorf die „im Glauben getrennten Brüder“ der katholischen Friedensliebe versichert und zum Bündnis gegen die „gemeinlichen Feinde des Christentums“ aufrief, begannen die „Königliche Volkssetzung“ und ihre Trabanten ein wohlüberlegtes Reflektieren gegen den evangelischen Religions- und Konfessionsmandanten, gegen den evangelischen Staat und

Ein
alle K
großer
könnte
sch e n
nen,
oft ur
D
Deut
stellun
kann i
auch f
der M
tügen
tämpf
deut
Bahn
gewal
Recht
hervor
bei u
Gand
Vände
Wissen
In ei
das i
fende
haunt
war,
die T
welch
Arbei
T
ausste
kleinst
was i
nehme
haupt
die T
land
Posten
auf a
von s
Bestes
Rolle
Ausste
komm
zu sta
ausste
bedeu
n o r z
nor w
Welt
burg
Stoß
durch
aus d
Bahn
für e
viele
C
unser
höher,
taufen
die 2
Borte
der 2
eine
die d
wesen
ländi
Stati
kann
trägn
hat.
g
als a
Bänd
bitter
imme
richtig
2
den
natio
sind.
den
denn
io u
Freu
hatte